

INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794; the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

PROCESSING COPY

25X1

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Official Publication of the Ministry
of the Chemical Industry: Verfuegungen
und Mitteilungen des Ministeriums fuer
Chemische Industrie

DATE DISTR. 16 OCT 1957

NO. PAGES 1

REQUIREMENT
NO. RD

25X1

DATE OF
INFO.

REFERENCES

PLACE &
DATE AC

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

25X1

20 June and
10 August 1957 issues of the official publication of the East German
Ministry of the Chemical Industry, Verfuegungen und Mitteilungen des
Ministeriums fuer Chemische Industrie. The publications include
items of interest to the industry, plus new appointments and other
personnel changes in both the Ministry and in the enterprises under
its jurisdiction. Among these personnel changes, it is announced that
Dr. Carl-Friedrich Linstroem has been relieved of his position as
technical director of the Main Administration Heavy Chemistry (HV
Schwerchemie) and appointed production director of the VEB Leuna-Werke 2
"Walter Ulbricht", as of 16 May 1957.

(h)

25X1

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

STATE	X ARMY	X NAVY	X AIR	X FBI	AEC				
-------	--------	--------	-------	-------	-----	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

13

25X1

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Chemische Industrie

V. u. M.

Berlin, den 10. August 1957

Heft 10

INHALT

I. Bekanntmachungen	Seite	Seite	
1. Verfügung Nr. 44/57 zur Verhinderung mißbräuchlicher Ausnutzung der Vorrangigkeit von Aufträgen des Kohle- und Energieprogramms	97	nisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit dem befreundeten Ausland	101
2. Verfügung Nr. 45/57 zur Gewährleistung der zulässigen Verwendung der Kennzeichnung für Investitionsaufträge Kohle und Energie	98	11. Rückforderungen von Vorauszahlungen an Mitarbeiter, die verstorben sind	102
		12. Erläuterungen zu Preisanordnungen des Ministeriums für Berg- und Hüttenwesen	102
II. Organisation			
3. Verfügung über Maßnahmen zur Verbesserung und Vereinfachung des Handels mit Erzeugnissen der chemischen Industrie	99		
4. Errichtung der Zentralen Abteilung Ingenieur-Technik	99		
5. Anträge auf Freigabe von PKW, Fernsehgeräten usw.	99		
6. Berufungen, Abberufungen und Dienstaufträge	100		
7. Änderung der Betriebsliste	100		
8. Auszeichnungen	100		
9. Postbeförderung	100		
III. Finanzen			
10. Verfügung über die Rechnungslegung für Leistungen im Rahmen der technischen Wirtschaftsförderung	100		
IV. Produktion und technische Sicherheit			
13. Arbeitsschutzmitteilung Nr. 6/57	103		
14. Bezeichnung von Stückgütern	103		
V. Absatz			
15. Teilnahme an Bezirksmessen	103		
16. Handelstechnische Hinweise über den Handel mit Libanon	103		
VI. Rechtsfragen und gewerblicher Rechtsschutz			
17. Verfügung über die Gebührenpflicht für Altpatente	104		
VII. Sonstiges			
18. Umbenennung der Auskunfts- und Siegelstellen der Kammer für Außenhandel	104		
19. Literaturhinweise	104		
20. Manuskript für Heft 11 „Verfügungen und Mitteilungen“	104		

I. Bekanntmachungen

1. Verfügung Nr. 44/57 zur Verhinderung mißbräuchlicher Ausnutzung der Vorrangigkeit von Aufträgen des Kohle- und Energieprogramms vom 7. Juni 1957

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen Betriebe unter Hinweis auf die ihnen erteilten Investitions- oder Generalreparaturaufträge Kohle bzw. Energie den Abschluß anderer wichtiger Lieferverträge verweigern oder von sich aus solche Verträge aufheben, obwohl sie nach ihrem planmäßig festgelegten Herstellungsprogramm noch weitere Produktionsaufträge übernehmen könnten und müßten.

Zur Beseitigung dieses Mißstandes wird nach § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrates vom 24. November 1955 folgendes bestimmt:

I.

Die Verordnung vom 21. März 1957 zur Sicherung der Erfüllung der Investitions- und der Generalreparaturvorhaben der Energiewirtschaft und der Kohleindustrie (GBl. I, S. 210) darf nicht dazu mißbraucht werden, sich trotz gegebener Auflagen und vorhandener Produktionsmöglichkeiten der Übernahme und Durchführung anderer dringlicher Aufträge mit dem Argument zu entziehen, daß die Teilnahme an der Realisierung des

Kohle- und Energieprogramms die ausschließliche Konzentration des Lieferers auf diese Aufgabe erfordere.

II.

(1) Unzulässig ist ferner, daß Produktionsbetriebe bereits übernommene Aufträge von sich aus streichen oder zurückstellen, wenn ihnen Aufträge im Sinne des § 1, Absatz 1 der angeführten Verordnung vom 21. März 1957 erteilt werden.

(2) Zu solchen Maßnahmen ist nach § 1, Absatz 2, Satz 3 der genannten Verordnung allein das dem betreffenden Betrieb übergeordnete Organ berechtigt. Es handelt sich hierbei um ein staatliches Weisungsrecht, das nicht auf die Betriebe Ebene delegiert werden kann.

(3) Ist ein Liefer-, Bau- oder Montagebetrieb tatsächlich ausgelastet und wird ihm trotzdem noch ein Investitionsauftrag Kohle bzw. Energie erteilt, so muß der Betrieb unverzüglich die Entscheidung seines übergeordneten Organs herbeiführen, auf welche Weise die erforderliche Kapazität freizumachen ist.

III.

(1) Mit der Wahrnehmung des Weisungsrechtes nach § 1, Absatz 2, Satz 3 der erwähnten Verordnung entscheidet das übergeordnete Organ (Minister, HV-Leiter, Vor-

25X1

sitzender des Rates des Bezirkes oder Kreises) darüber, welche anderen Aufträge zurückzustellen oder ganz zu streichen sind. Um hierbei die erforderliche Klarheit zu schaffen, muß das übergeordnete Organ im Rahmen seiner Entscheidung die Verträge genau bezeichnen, die von den betroffenen Partnern entsprechend zu ändern oder aufzuheben sind. Es versteht sich von selbst, daß eine derartige Weisung in aller Regel schriftlich zu erzielen ist.

(2) Auch die von den beteiligten Ministern nach meiner Verfügung Nr. 40/57 vom 26. März 1957 einzusetzenden Sonderbeauftragten müssen ermächtigt sein, in besonders dringenden Fällen eine Entscheidung nach § 1, Absatz 2, Satz 3 der Verordnung vom 21. März 1957 zu treffen.

(3) Über eine solche Entscheidung ist das übergeordnete staatliche Organ des betroffenen Auftraggebers in jedem Falle zu unterrichten. Ist anzunehmen, daß die vorgesehene Entscheidung den übrigen Wirtschaftsablauf besonders nachteilig beeinflußt, soll durch Fühlungnahme mit dem übergeordneten Organ der Betroffenen geprüft werden, wie sich solche Auswirkungen mildern lassen.

IV.

(1) Die der Kommission für Industrie und Verkehr angehörenden Minister und der Minister für Aufbau werden beauftragt, ihre Betriebe über die vorstehend dargelegte Methode der Anwendung der Verordnung vom 21. März 1957 zu belehren:

(2) Die in Absatz 1 genannten Minister werden ferner beauftragt, in künftigen Fällen mißbräuchlicher Ausnutzung der Vorrangigkeit von Aufträgen des Kohle- und Energieprogramms die betreffenden Funktionäre zur Verantwortung zu ziehen. In leichteren Fällen ist eine Disziplinarstrafe nach den Vorschriften der Disziplinarordnung vom 10. März 1955 (GBl. I, S. 217) zu verhängen. Bei gröblichem Mißbrauch ist durch Einschaltung des zuständigen Staatsanwaltes ein Verfahren der Wirtschaftsstrafverordnung einzuleiten.

Berlin, den 7. Juni 1957

gez. Selbmann
Stellv. Ministerpräsident

2. Verfügung Nr. 45/57 zur Gewährleistung der zulässigen Verwendung der Kennzeichnung für Investitionsaufträge Kohle und Energie vom 7. Juni 1957

Nach § 3, Absatz 2, der Verordnung vom 21. März 1957 zur Sicherung der Erfüllung der Investitions- und der Generalreparaturvorhaben der Energiewirtschaft und der Kohleindustrie (GBl. I, S. 210) darf die Kennzeichnung von Investitionsaufträgen mit dem Kennwort „Energie“ bzw. „Kohle“ und der festgelegten Nummerngruppe nur angewendet werden, wenn es sich um Lieferungen oder Leistungen handelt, die für Investitionsvorhaben dieser beiden Industriezweige bestimmt sind. Das bedeutet, daß nur solche Vorhaben dieser Zweige gekennzeichnet werden dürfen, die unmittelbar zur Erhöhung oder Erhaltung der Kapazität dienen. Diese mahnende Vorschrift wird nach Feststellungen der Kontrollorgane von den Betrieben häufig nicht mit der genügenden Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit beachtet. Um zu gewährleisten, daß die ausgegebenen Kennzeichen in dem gesetzlich festgelegten Rahmen verwendet werden, wird nach § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrates vom 24. November 1955 folgendes bestimmt:

I.

Der Minister für Kohle und Energie wird beauftragt, die Kontrolle verstärkt darüber auszuüben, daß in seinem Ministerium Kennzeichen (Nummerngruppen) im Sinne der Ersten Durchführungsbestimmung vom 1. April 1957 zu der eingangs erwähnten Verordnung (GBl. S. 251) nur für Aufträge ausgegeben werden, die eindeutig dem vorgenannten Zweck dienen.

II.

Der Minister für Kohle und Energie wird deshalb beauftragt, bis spätestens zum 27. Juni 1957 alle erteilten Kennzeichen in seinem Ministerium zu überprüfen und mißbräuchliche Verwendungen sofort abzustellen, die in gerechtfertigt erteilten Kennzeichen sind sofort außer Kraft zu setzen.

Die Kennzeichnung hat zu unterbleiben bei Investitionen und Generalreparaturen in folgenden Fällen:

1. Nebenanlagen

- Lehrlingsausbildung (Lehrwerkstätten, Lehrlingswohnheime usw.),
- kulturelle Fürsorge und Betreuung (Kulturhäuser, Klubheime, Ferienheime, Funkanlagen usw.),
- Sport- und Jugendbetreuung (Sportplätze, FDJ-Heime usw.),
- soziale Einrichtungen (Küchen, Handwerkerstuben, Bäder usw.),
- Gesundheitsfürsorge (Sanitätsstuben, Polikliniken, Nachsanatorien usw.),
- Kinder-, Alters- und Invalidenfürsorge (Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderferienlager usw.),
- Wohnungswesen (Werkswohnungen, Wohnbaracken usw.).

2. Hauptanlagen

- Gebäude und Einrichtungen für Verwaltungszwecke (Betriebsgebäude, Büroeinrichtungen, Büromaschinen, Kraftfahrzeuge, Fahrräder, Fahrradschuppen usw.),
- Werkstätten und sonstige Hilfsbetriebe und Nebenbetriebe, soweit sie nicht unmittelbar die Produktion für Kohle und Energie beeinflussen (so z. B. Kraftwerke in den Brikettfabriken).

Im einzelnen dürfen keine Kennzeichnungen erfolgen für:

Fernmelde- und Fernsprecheinrichtungen, Baustelleneinrichtungen einschließlich Bauwasser- und Bautstromversorgung (gilt nicht für folgende Baustellen: Schwarze Pumpe, Lübbenau, Trattendorf, Berzdorf, Sonne, Regis), Umzäunungen, Bewachungsunterkünfte, Zufahrtstraßen und Werkstraßen, Werkzeuge und Geräte, Bohrzeuge, Bohrrohre, Filterrohre, Gleis- und Fahrwerkswagen, Be- und Entwässerungen für Hilfs- und Nebenbetriebe, Beschaffung von Bauteilen für Tagebaubaracken, Ausbau von Magazinen, Überholungen von Waschkauen.

3. Darüber hinaus ist die Kennzeichnung der Bestellungen durch den Auftraggeber beim Unterlieferanten, insbesondere zur Beschaffung von Material, Werkzeugmaschinen, anderen Geräten und Aggregaten, auch wenn sie in diesem Betrieb die Kapazität erhöhen oder erhalten, grundsätzlich nicht anzuwenden.

In Sonderfällen kann die Kennzeichnung gemeinsam von den betreffenden Ministern durchgeführt werden.

III.

Die der Kommission für Industrie und Verkehr angehörenden Minister und der Minister für Aufbau haben zu veranlassen, daß die Leiter sämtlicher beteiligten Betriebe nochmals angewiesen werden, jede mißbräuchliche Verwendung der ihnen im Rahmen des Kohle- und Energieprogramms erteilten Kennzeichen zu unterlassen.

IV.

Der Minister für Kohle und Energie wird beauftragt, bis spätestens 30. Juni 1957 einen Bericht über die beschlossenen Maßnahmen zu geben und insbesondere vorzulegen, welche Kennzeichnungen nicht berechtigt angewandt wären und deshalb außer Kraft gesetzt worden sind.

gez. Selbmann
Stellv. Ministerpräsident

II. Organisation

3. Verfügung über Maßnahmen zur Verbesserung und Vereinfachung des Handels mit Erzeugnissen der chemischen Industrie vom 10. Juli 1957

Im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und dem Minister der Finanzen wird verfügt:

§ 1

(1) Die Zentrale Leitung der Deutschen Handelszentrale Chemie und die Zentrale Leitung der Deutschen Handelszentrale Gummi, Asbest und Kunststoffe sind mit Wirkung vom 30. Juni 1957 aufzulösen.

(2) Rechtsnachfolger der beiden aufgelösten Zentralen Leitungen ist das Ministerium für Chemische Industrie.

§ 2

(1) Die Niederlassungen der beiden Handelszentralen sind mit Wirkung vom 1. Juli 1957 dem Ministerium für Chemische Industrie, HA Absatz direkt unterstellt.

(2) Die Niederlassungen sind als Großhandelsbetriebe juristische Personen im Sinne des § 1, Absatz 2 der Verordnung vom 20. März 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 255). Sie sind Träger des ihnen übertragenen Volkseigentums.

§ 3

Die Großhandelsbetriebe nach § 2 tragen folgende Namen:

1. Deutsche Handelszentrale Chemie, Berlin,
2. Deutsche Handelszentrale Chemie, Karl-Marx-Stadt,
3. Deutsche Handelszentrale Chemie, Leipzig,
4. Deutsche Handelszentrale Chemie, Dresden,
5. Deutsche Handelszentrale Chemie, Erfurt,
6. Deutsche Handelszentrale Chemie, Halle,
7. Deutsche Handelszentrale Chemie, Magdeburg,
8. Deutsche Handelszentrale Chemie, Cottbus,
9. Deutsche Handelszentrale Chemie, Brandenburg,
10. Deutsche Handelszentrale Chemie, Rostock;
11. Deutsche Handelszentrale Chemie, Berlin
— Düngemittel —
12. Deutsche Handelszentrale Chemie, Karl-Marx-Stadt
— Organische Farbstoffe —
13. Deutsche Handelszentrale Chemie, Magdeburg
— Fettderivate —
14. Deutsche Handelszentrale Chemie, Berlin
— Pyrotechnik —
15. Deutsche Handelszentrale Chemie, Berlin
— Laborchemikalien —
16. Deutsche Handelszentrale Chemie, Berlin
— Importe —
17. Deutsche Handelszentrale Chemie, Leipzig
— Kohlensäure —
18. Deutsche Handelszentrale Gummi, Asbest und Kunststoffe, Berlin,
19. Deutsche Handelszentrale Gummi, Asbest und Kunststoffe, Potsdam,
20. Deutsche Handelszentrale Gummi, Asbest und Kunststoffe, Schwerin,
21. Deutsche Handelszentrale Gummi, Asbest und Kunststoffe, Karl-Marx-Stadt,
22. Deutsche Handelszentrale Gummi, Asbest und Kunststoffe, Dresden,
23. Deutsche Handelszentrale Gummi, Asbest und Kunststoffe, Leipzig,
24. Deutsche Handelszentrale Gummi, Asbest und Kunststoffe, Halle,
25. Deutsche Handelszentrale Gummi, Asbest und Kunststoffe, Magdeburg,
26. Deutsche Handelszentrale Gummi, Asbest und Kunststoffe, Erfurt,
27. Deutsche Handelszentrale Gummi, Asbest und Kunststoffe, Dresden
— Asbest und Glasfasererzeugnisse —

§ 4

(1) Auf die Großhandelsbetriebe finden die Vorschriften des Statuts vom 7. August 1952 der zentralgeleiteten Betriebe der volkseigenen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik (Min.Bl. S. 137) sinngemäß insbesondere mit der Maßgabe Anwendung, daß neben dem Leiter des Großhandelsbetriebes nur ein Stellvertreter des Leiters bestellt wird.

(2) Der Leiter des Großhandelsbetriebes führt die Bezeichnung Direktor. Er wird durch den Minister berufen und abberufen.

(3) Der Stellvertreter des Direktors soll zugleich Leiter der Abteilung Handel des Betriebes sein. Er wird durch den Leiter der HA Absatz des Ministeriums für Chemische Industrie bestätigt.

§ 5

(1) Der Großhandelsbetrieb wird gerichtlich und außergerichtlich durch seinen Direktor vertreten.

(2) Im Falle der Verhinderung des Direktors wird der Großhandelsbetrieb durch den Stellvertreter des Direktors vertreten.

(3) Im Rahmen ihnen erteilter Vollmachten können auch andere Mitarbeiter oder Personen den Großhandelsbetrieb vertreten. Solche Vollmachten bedürfen der Schriftform und dürfen nur vom Direktor bzw. im Falle des Absatz 2 von seinem Stellvertreter erteilt werden.

(4) Verfügungen über Zahlungsmittel bedürfen nach den hierfür geltenden Bestimmungen der Gegenzeichnung durch den Hauptbuchhalter.

(5) Jeder Unterschrift ist die Funktion des Zeichnenden hinzuzufügen.

(6) Der Direktor des Großhandelsbetriebes und sein Stellvertreter sind nach den hierfür geltenden Bestimmungen in das Register der volkseigenen Wirtschaft einzutragen.

§ 6

Die Verfügung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1957 in Kraft.

Berlin, den 10. Juli 1957

Der Minister für Chemische Industrie

In Vertretung

gez. A d l e r

Staatssekretär

4. Errichtung der Zentralen Abteilung Ingenieur-Technik

Unter Ausgliederung eines Teiles der Zentralen Abteilung Entwicklung der chemischen Industrie wurde die Zentrale Abteilung Ingenieur-Technik errichtet. Ihr obliegt u. a. die Lenkung aller ingenieur-technischen Fragen in Bezug auf die Erhaltung und Erweiterung der Grundmittel der chemischen Industrie, ferner die Bearbeitung von Fragen der Betriebsmeß-, Steuerungs- und Regeltechnik. Sie ist des weiteren zuständig für alle Fragen der Exportprojektierung und der in diesem Zusammenhang erforderlichen Kooperation mit anderen zentralen Staatsorganen. Als Spezialaufgabe ist der Zentralen Abteilung Ingenieur-Technik weiterhin übertragen die Bearbeitung des Salzkohleproblems innerhalb der chemischen Industrie.

5. Anträge auf Freigabe von PKW, Fernsehgeräten usw.

In letzter Zeit häufen sich die Anträge von Betrieben an das Ministerium für Handel und Versorgung auf Freigabe von PKW, Fernsehgeräten und dergleichen.

Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß derartige Anträge an das Ministerium für Handel und Versorgung zu unterlassen sind, da dieses Ministerium bekanntlich den Konsumgüter-Fonds für den Bevölkerungsbedarf, nicht aber den Fonds für den Bedarf der Betriebe, gesellschaftlichen Organisationen oder Institutionen verwaltet.

6. Berufungen, Abberufungen und Dienstaufräge

Durch Urkunde des Ministers bzw. HV-Leiters wurden berufen:

a) Mit Wirkung vom 1. Januar 1957

Dr. Walter Kohler
zum Leiter der Abteilung Forschung und technische Entwicklung der Hauptverwaltung Schwerchemie

b) mit Wirkung vom 1. März 1957

Martin Thiele
zum Werkleiter des VEB Tega Leipzig
Fritz Rübsam
zum Werkleiter des VEB Kohlensäurewerk Bernhardshall

Erich Schwarzbach
zum Werkleiter des VEB Tega Dresden

Fritz Fleischmann
zum Werkleiter des VEB Sauerstoffwerk Brandenburg

Werner Teichmann
zum Werkleiter des VEB Sauerstoff- und Azetylenwerk Erfurt

Richard Amelang
zum Werkleiter des VEB Sauerstoffwerk Osternienburg

Armin Schleicher
zum Technischen Leiter des VEB Kohlensäurewerk Bernhardshall

c) mit Wirkung vom 1. April 1957

Leopold Rosemeyer
zum kommissarischen Leiter der Abteilung Investitionen der Hauptverwaltung Anorganische Chemie

d) mit Wirkung vom 1. Mai 1957

Paul Knauer
zum Hauptbuchhalter des VEB Chemische Bleicherei Ortrand

Otto Fieck
zum Verwalter des Kodakanlagevermögens Berlin-Köpenick

e) mit Wirkung vom 15. Mai 1957

Friedrich Proschek
zum kommissarischen Technischen Leiter des VEB Kali-Chemie, Berlin

f) mit Wirkung vom 20. Mai 1957

Josef Steuer
zum Hauptbuchhalter des VEB Farben- und Lackfabrik Fürstenwalde

g) mit Wirkung vom 1. Juni 1957

Friedrich Hauck
zum Werkleiter des VEB Sodaerke „Karl Marx“ Bernburg

Werner Keune
zum Leiter der Zentralen Abteilung Ingenieur-Technik des Ministeriums

Richard Seidemann
zum Produktionsleiter und ersten Stellvertreter des Werkleiters des VEB Konstruktions- und Ingenieurbüro der Chemie

h) mit Wirkung vom 17. Juni 1957

Siegfried Schwarz
zum kommissarischen Technischen Leiter des VEB Phosphatwerk Rüdersdorf

i) mit Wirkung vom 24. Juni 1957

Hans Prihoda
zum kommissarischen Werkleiter des VEB Schwefelsäure- und Superphosphatwerk Salzwedel

k) mit Wirkung vom 1. Juli 1957

Herbert Krupp
zum Werkleiter des VEB Sauerstoffwerk Berlin-Niederschöneweide

Wilhelm Kolle

zum Kaufmännischen Leiter des VEB Gummiwerke „Elbe“ Wittenberg

Adolf Färber

zum Arbeitsdirektor des VEB Farbenfabrik Wolfen

Heinz Noack

zum Hauptbuchhalter der Hauptabteilung Absatz des Ministeriums

l) mit Wirkung vom 15. Juli 1957

Heinz Deininger

zum Hauptbuchhalter des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld

Abberufen wurden:

Heinz Deininger

als Hauptbuchhalter des VEB Persil-Werk Genthin

Richard Seidemann

als Werkleiter des VEB Sodaerke „Karl-Marx“ Bernburg

Horst Greb

als Hauptbuchhalter der Hauptabteilung Absatz des Ministeriums

Rudolf Meier

als Leiter der Abteilung Forschung und technische Entwicklung der Hauptverwaltung Schwerchemie

Otto Schmidt

als Arbeitsdirektor des VEB Farbenfabrik Wolfen

Friedrich Fleischer

als Werkleiter des VEB Schwefelsäure- und Superphosphatwerk Salzwedel

Gustav Vogel

als Verwalter des Kodakanlagevermögens Berlin

Joachim Bromberger

als kommissarischer Technischer Leiter des VEB Tega Leipzig

Ferner wurden folgende Dienstaufräge erteilt:

Walter Grüneberg

zur vorläufigen Wahrnehmung der Aufgaben des Stellvertreters des Ministers für den Bereich kommerzielle Angelegenheiten

Horst Grube

für die vorläufige Wahrnehmung der Aufgaben des Leiters der Hauptverwaltung Anorganische Chemie

7. Änderung der Betriebsliste

Der mit staatlicher Beteiligung arbeitende Privatbetrieb M. E. Wilde KG, Leipzig, wurde gemäß § 2 der Anordnung vom 1. August 1956 über die Zuordnung und Anleitung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung der Hauptverwaltung Chemisch-technische Erzeugnisse zugeordnet.

8. Auszeichnungen

Im Rahmen des Sport- und Kulturfestes der Fachschulen der Deutschen Demokratischen Republik erhielt als beste Fachschule des Ministeriums für Chemische Industrie die Ingenieurschule für Chemie, Köthen, drei Goldmedaillen, sechs Silbermedaillen und vier Bronzemedaillen. Außerdem wurde sie zweiter Sieger im Wettbewerb der Kulturgemeinschaften und erhielt dafür den vom Minister gestifteten Pokal.

9. Postbeförderung

Es wird darauf hingewiesen, daß Post innerhalb des Zentralen Kurierdienstes nur befördert wird, wenn Kurierdienstmarken Verwendung finden. Kurierdienstmarken sind bei dem örtlich zuständigen Rat des Kreises erhältlich.

III. Finanzen

10. Verfügung über die Rechnungslegung für Leistungen im Rahmen der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit dem befreundeten Ausland

Auf Grund der Abkommen der Regierung der DDR mit den Regierungen der sozialistischen Länder werden Dokumentationen ausgetauscht und Konsultationen in den Hauptverwaltungen, Betrieben und Instituten des Ministeriums für Chemische Industrie durchgeführt. Um eine schnelle und einheitliche Abrechnung der damit verbundenen Kosten zu gewährleisten, weise ich folgendes an:

I.

Alle Rechnungen sind grundsätzlich in dreifacher Ausfertigung — gesondert für jeden Besluß — auszustellen, vom Hauptbuchhalter des Betriebes sachlich und rechnerisch richtig zu zeichnen und der zuständigen Hauptverwaltung einzureichen. Für alle unter Ziffer II bis VI aufgeführten Kosten sind die Rechnungen gesondert auszustellen.

II.

Kosten für dem Partner gewährte Leistungen zu Dokumentationen sowie Mustern und Proben

Jede Rechnung für dem Partner gewährte Leistungen ist zusammen mit den zu übergebenden Dokumenten der zuständigen Hauptverwaltung einzureichen.

Aus der Rechnung muß ersichtlich sein:

- a) Nr. des Beschlusses,
- b) Kurzthema,
- c) Teil- oder Schlußrechnung,
- d) welche Position des Beschlusses, der Bestellung,
- e) ob Neuauarbeitung oder Kopie vorhandener Unterlagen,
- f) prozentualer technischer Erfüllungsstand zum Gesamtumfang der Bestellung,
- g) welche Leistungen (übergebene Dokumente u. ä.) werden in Rechnung gestellt sowie das Datum der Übergabe.

Falls es sich um Leistungen zu Projekten handelt, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, sind vierteljährliche Teilrechnungen auszustellen. Wenn der Betrieb durch die Vorfinanzierung in finanzielle Schwierigkeiten gerät, könnten monatliche Teilrechnungen eingereicht werden. Für die Teilrechnungen gelten analog die Punkte a) bis g). Wurden in einem Monat keine Dokumente übergeben, so ist auf der Teilrechnung zu vermerken, wann mit der nächsten Lieferung zu rechnen ist.

Folgende Kosten werden in Rechnung gestellt:

Die tatsächlichen Selbstkosten (Personalkosten — Stundenzahl — insgesamt-, Gemein-, Material-, Reisekosten, Fernsprech-, Telegrammgebühren usw. sowie Umsatzsteuer).

Es ist zu beachten, daß keine Fahrten mit Taxen zu Besprechungen, die sich aus der Fertigstellung der Dokumentationen ergeben, sowie Fahrten mit Taxen zur Einholung von Dokumentationsteilen usw. durchgeführt werden. Grundsätzlich sind die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen bzw. betriebseigene Kraftfahrzeuge zu stellen.

Die Kosten sind getrennt nach den einzelnen Positionen aufzuführen. Andere als die vorstehend genannten Kosten, z. B. Gewinn oder Absatzkosten, werden nicht erstattet.

Erfolgt eine Lieferung kostenlos, so ist den zu übergebenden Dokumentationen, Mustern bzw. Proben eine kurze schriftliche Mitteilung über die kostenlose Lieferung beizufügen.

Da ausländischen Delegationen in der letzten Zeit des öfteren Dokumente persönlich ausgehändigt wurden, wird noch einmal darauf hingewiesen, daß sämtliche Dokumentationen in der bisherigen Form (zusammen mit der Rechnung siehe Punkt II, Absatz 1) an die zuständige Hauptverwaltung des Ministeriums weiterzuleiten sind und in keinem Falle persönlich ausgehändigt werden dürfen. Eine Ausnahme bildet die kostenlose Übergabe von Mustern, Proben usw.

III.

Kosten, die durch die Entsendung von Fachleuten zu Partnerwünschen entstehen

Die Rechnungen sind nach Abschluß der Reise zu übergeben und müssen (außer den Angaben zu Punkt II a) bis c) die Namen der ins Ausland gereisten Fachleute enthalten. In Absatz zu bringen sind folgende Kosten, spezifiziert nach den einzelnen Positionen:

- a) Lohnausfall für die Dauer der Reise,
- b) Fahrgeld und Tagegeld für Einholung der Pässe u. ä. (Heimatbahnhof — Berlin und zurück).

IV.

Kosten für Honorare freischaffender Dolmetscher

Alle Rechnungen sind mit Angaben zu Punkt II a) bis c) nach Beendigung des Einsatzes spezifiziert nach folgenden Positionen einzureichen:

- a) Name der Delegationsmitglieder, für die die Dolmetschertätigkeit ausgeübt wurde,
- b) Name des Dolmetschers,
- c) Tageshonorar und der gesamte Betrag (das Tageshonorar beträgt 35 DM abzüglich 14 Prozent Steuern. Es ist anzuwenden über vier Stunden unbegrenzt über acht Stunden hinaus. Für eine Dolmetschertätigkeit bis zu vier Stunden ist jeweils ein Stundenhonorar in Höhe von 4,40 DM zu zahlen. Höhere Eingruppierungen bedürfen der Genehmigung des Ministeriums für Chemische Industrie).
- d) Tagegeld bzw. Spesen (es können pro Tag Spesen einschließlich Übernachtung bis zu einer Höhe von 20 DM gegen Vorlage von Belegen abgerechnet werden. Dolmetscher, die ihre Tätigkeit am Wohnort oder an einem Ort, von dem sie ihren Wohnsitz ohne besondere Umstände täglich erreichen können, ausüben, können Spesen pro Tag bis zu 10 DM abrechnen. Andere Vergütungen sind dadurch abgegolten und werden nicht zusätzlich erstattet).
- e) Fahrgeld (es dürfen keine Taxen, sondern nur öffentliche Verkehrsmittel bzw. betriebseigene Kraftfahrzeuge benutzt werden). Die entstandenen Kosten sind zu unterteilen in Kosten für:
Öffentliche Verkehrsmittel,
Fahrzeuge von Betrieben und Verwaltungen.

V.

Kosten für den Aufenthalt von Praktikanten

Alle Rechnungen sind (mit Angaben zu Punkt II a) bis c) monatlich als Teilrechnungen und als Schlußrechnungen spätestens eine Woche nach Beendigung der Praktikantenausbildung einzureichen. Auf der Rechnung muß der Name des Betreuers, der Praktikanten und die aufgewandte Zeit (vom/bis) vermerkt sein. Diese Rechnungen umfassen Kosten, die mit der Vorbereitung der Ausbildung, Kosten und Auslagen, die mit dem theoretischen Unterricht, den Laboratoriumsarbeiten und der praktischen Tätigkeit, Kosten und Auslagen, die mit der Erledigung der Formalitäten für die Ausbildung der Praktikanten, Kosten und Auslagen, die mit der Hilfeleistung der Fachkräfte und Dolmetscher sowie mit der Ausarbeitung von Übersetzungen für Dokumentationen und Hilfsunterlagen verbunden sind.

Persönliche Ausgaben für Praktikanten (Fahrgeld, ärztliche Betreuung, Tagegelder für Unterkunft und Verpflegung usw.) sind von ihnen selbst zu tragen, da sie in jedem Falle über die notwendigen Tagegelder verfügen. Derartige Kosten werden vom Ministerium für Chemische Industrie nicht erstattet. Alle Kosten sind spezifiziert nach den unter Punkt II, Absatz 4 (Personal-, Gemein-, Materialkosten usw.) genannten Positionen auszuweisen. Dauert die Praktikantenausbildung länger als zwei Monate, so können vom dritten Monat ab für die kulturelle Betreuung für jeden Praktikanten monatlich bis zu 50 DM ausgegeben werden. Für die ersten zwei Monate gelten die Sätze über die Betreuung von ausländischen Delegationen (Ziffer VI).

VI.

Kosten, die durch die fachliche und kulturelle Betreuung ausländischer Delegationen entstehen

- a) Rechnungen für die Betreuung sind spätestens eine Woche nach Abreise der Delegation in der unter Ziffer I und II-a) bis c) genannten Form sowie mit der Angabe der Namen der Delegationsmitglieder und des Zeitraumes des Aufenthaltes im Betrieb einzurichten.
- b) Für die fachliche und kulturelle Betreuung sind grundsätzlich keine Taxen zu benutzen. Den befreundeten Fachleuten sollen nach Möglichkeit Personenkraftwagen aus dem Bestand der Betriebe für den Stadt- und Nahverkehr zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten für die Gestellung betriebs-eigener Kraftfahrzeuge werden den Betrieben nicht erstattet. Bei allen anderen Fahrten sind die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen, deren Bezahlung von den Fachleuten aus ihren Reisekosten zu erfolgen hat.

Eine Ausnahme davon bildet die SU:

Fahrkosten für sowjetische Delegationsmitglieder im Rahmen der fachlichen Betreuung werden erstattet. Es ist jedoch zu beachten, daß diese Kosten spätestens vier Tage nach Abreise der Delegation dem Ministerium für Chemische Industrie, Abteilung Internationale Zusammenarbeit, unter Beachtung folgender Punkte in Rechnung gestellt werden:

Angabe der gefahrenen Kilometer und Kosten, bei-
des unterteilt in

- aa) öffentliche Verkehrsmittel,
- bb) Fahrzeuge von Betrieben und Verwaltungen,
- cc) Taxen.

Für die kulturelle Betreuung von sowjetischen Fachleuten gelten die allgemeinen Bestimmungen dieser Ziffer.

Wird vom Ministerium für Chemische Industrie der Delegation kein Betreuer beigegeben, so trägt das Ministerium die Reisekosten eines Betriebsangehörigen für die fachliche Betreuung der Delegation während der Reise zum nächsten Betrieb bzw. zur nächsten Dienststelle. Die Reisekosten für die Begleiter der Delegation bei kulturellen Anlässen gehen zu Lasten des Betriebes.

Ausgenommen von dieser Regelung sind vom Ministerium für Chemische Industrie, Abteilung Internationale Zusammenarbeit besonders genehmigte Ausflugsfahrten bei längerem Aufenthalt der Delegation. Die in diesem Rahmen entstandenen Kosten gehen zu Lasten des Ministeriums.

Kraftfahrer erhalten die in der Reisekostenanordnung festgelegten Tages- und Übernachtungssätze von ihrem zuständigen Betrieb bzw. Institut. Bei Ausflugsfahrten, die durch das Ministerium für Chemische Industrie genehmigt wurden, gehen diese Kosten zu Lasten des Ministeriums.

Um dem Prinzip der strengsten Sparsamkeit Rechnung zu tragen, wird empfohlen, Gemeinschaftsfahrten mit allen dort weilenden ausländischen Delegationen zu organisieren.

- c) Während der Anwesenheit der befreundeten Fachleute können Besuche von Kulturveranstaltungen, Besichtigungen, Ausflüge in die nähere Umgebung, gesellige Beisammensein und anderes organisiert werden.

Für die kulturelle Betreuung dürfen für die ersten 30 Tage pro Tag je Delegationsmitglied bis zu 10 DM (gegen Vorlage von Belegen), bei einem Aufenthalt über 30 Tage ab 31. Tag 2,50 DM in Ansatz gebracht werden.

Außerdem werden die Kosten für die Teilnehmer von deutscher Seite nach den gleichen Grundsätzen erstattet. Diese Teilnehmerzahl soll im angemessenen Verhältnis zu den Besuchern stehen, darf jedoch in keinem Falle mehr als drei Personen betragen. Etwaige Mehrausgaben sind vom Betrieb zu tragen.

Die Kosten für die fachliche Betreuung der Delegation während des Betriebsaufenthaltes gehen in voller Höhe zu Lasten des Betriebes.

Für die Betreuung leitender Kräfte (Minister, Staatssekretäre, Hauptverwaltungsleiter, Leiter von Instituten usw.) können mit dem Ministerium für Chemische Industrie, Abteilung Internationale Zusammenarbeit, Sondervereinbarungen getroffen werden.

VII.

Eine Erstattung von Kosten für den Partner gewährte Leistungen, die vor dem 1. Januar 1957 angefallen sind, erfolgt nicht.

VIII.

Alle bisherigen Richtlinien und Weisungen über die Finanzierung der Ausgaben im Rahmen der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit dem befreundeten Ausland für den Bereich des Ministeriums für Chemische Industrie verlieren ihre Gültigkeit.

11. Rückforderungen von Vorauszahlungen an Mitarbeiter, die verstorben sind

Im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit und Berufsausbildung und dem Minister der Finanzen wird folgendes festgestellt:

Stirbt ein Werktätiger und hat er durch Vorauszahlungen mehr Gehalt oder Lohn, als seiner Arbeitsleistung entsprach, erhalten, so ist eine Forderung auf Rückzahlung des mehr gezahlten Gehaltes oder Lohnes von seitens des Betriebes, der Verwaltung oder Institutionen nicht geltend zu machen.

Forderungen auf Rückzahlung gezahlter Lohn- oder Gehaltsanteile von seitens der Betriebe oder Verwaltungen sollten auch dann nicht geltend gemacht werden, wenn auf Grund bestehender kollektivvertraglichen oder tariflicher Regelungen der Betrieb (die Verwaltung) im Falle des Todes des Werktägten verpflichtet ist, Sterbegeld zu zahlen.

Ist Sterbegeld zu zahlen, so sollte eine Aufrechnung nur in solchen Fällen durchgeführt werden, in denen der Werktätige Vorauszahlungen seines Lohnes oder Gehaltes außerhalb der regelmäßigen betrieblichen Gehalts- oder Lohnzahlungstermine in Anspruch genommen hat.

12. Erläuterungen zu Preisanordnungen des Ministeriums für Berg- und Hüttenwesen

Das Ministerium für Berg- und Hüttenwesen gibt folgende Erläuterungen zu Preisanordnungen bekannt:

- 1. Mindestbestellmengen bei Walzstahl gemäß PAO 406 / Preisanordnung für Eisen und Stahl, geschlossene Bestellungen

Der Anspruch auf den reinen Listenpreis (ohne Handelszuschlag) ist nach den „Allgemeinen Bestimmungen“ gegeben, wenn bestimmte Mindestmengen geschlossen zur ungeteilten Lieferung bestellt werden. Ob und inwieweit die bestellten Mengen auf einzelne Lieferwerke aufgeteilt werden müssen, ist hierbei ohne Belang.

Eine „geschlossene Bestellung“ liegt auch dann vor, wenn — was sogar erwünscht sein kann — die Gesamtbestellung auf mehreren Bestellvordrucken aufgegeben wird, entsprechend der notwendigen Aufteilung der Gesamtbestellung auf einzelne Lieferwerke lt. Herstellungs- und Lieferprogramm. Bedingung hierfür ist, daß die Gesamtbestellung (auf mehreren Bestellvordrucken) „geschlossen“ erteilt wird, d. h. daß in solchen Fällen in einem kurzen Begleitbrief darauf hingewiesen wird, daß bestimmte Bestellvordrucke einen Auftrag bilden.

2. Verwindeproben

Es herrscht teilweise Unklarheit darüber, ob die Deutsche Reichsbahn in ihren Abnahmebedingungen für Bleche die Verwindeprobe vorschreibt oder nicht. Ein Schreiben der Deutschen Reichsbahn / Technisches Zentralamt, Abnahmamt in Berlin W 8, Krausenstraße 17/20 an den VEB Waggonbau Niesky vom 4. Februar 1957 gibt nunmehr hierzu wie folgt Aufschluß:

„In den Technischen Lieferbedingungen der Reichsbahn ist die Durchführung einer Verwindeprobe nicht vorgesehen.“

Die Verwindeprobe darf hiernach nur berechnet werden, wenn sie in der Bestellung ausdrücklich vorgeschrieben wurde.

3. VK-Stähle (verbesserte Konvertstähle)

Hinsichtlich der Preise für VK-Stähle gilt der Grundsatz, daß der Preis für die vom Verbraucher bestellte Güte gemäß der Standardliste für Eisen

und Stahl gilt. Dies können St- und M St-Güten sein. Der Verbraucher kann nicht VK-Stähle bestellen, sondern nur die in der Standardliste für Eisen und Stahl festgelegten Güten. Wenn im Austausch für die bestellte Güte dann VK-Stahl geliefert wird, entspricht dieser den an die bestellte Güte der Standardliste zu stellenden Ansprüchen, und damit wird die oben erwähnte Preisberechnung begründet.

IV. Produktion und technische Sicherheit

13. Arbeitsschutzmitteilung Nr. 6/57

Das Deutsche Amt für Material- und Warenprüfung, Prüfamt für medizinische Technik weist mit Schreiben vom 30. April 1957 darauf hin, daß das Prüfzeugnis Nr. 6/57 betreffend CO Filterbüchse Typ 8540 außer Kraft gesetzt ist.

14. Bezeichnung von Stückgütern

Gemäß DEGT, Teil I, Abt. A, § 62 (7) hat der Absender die Stückgüter übereinstimmend mit den Angaben im Frachtnachweis deutlich und haltbar zu bezeichnen. Ein Doppel der Anschrift ist in das Stück obenauf zu legen.

Sofern die eine Bezeichnung (Anhänger oder Beklebezettel) abreißt oder unkenntlich wird, muß auf das eingelegte Doppel zurückgegriffen werden, um das Gut dem Empfänger zuleiten zu können. Die Praxis hat je-

doch gelehrt, daß oft kein Doppel der Anschrift in das Stück eingelegt wird, so daß umfangreiche Nachforschungen erforderlich werden. Wenn überhaupt, so wird das Gut dem Empfänger zumindest verspätet zugeführt. Da jedoch bei der Annahme des Gutes von der Deutschen Reichsbahn nicht geprüft werden kann, ob ein Doppel im Stück obenauf liegt, beabsichtigt die Deutsche Reichsbahn in jedem Falle eine zweite Bezeichnung am Gut zu fordern; wie es bereits bei den Gütern vorgeschrieben ist, in die wegen ihrer Beschaffenheit keine zweite Anschrift eingelegt werden kann. Diese beabsichtigte Maßnahme bringt für die Verfrachter nur ganz geringe Erschwernisse. Die neue Bestimmung trägt zu einer ordnungsgemäßen Ablieferung von Stückgütern wesentlich bei.

Die Deutsche Reichsbahn wird eine Einführungsfrist von mindestens zwei Monaten wahren und diese etwa am 1. August 1957 in Kraft setzen.

V. Absatz

15. Teilnahme an Bezirksmessen

Zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung und der landwirtschaftlichen Betriebe werden von den Räten der Bezirke Bezirksmessen und landwirtschaftliche Ausstellungen durchgeführt.

Dem im allgemeinen überwiegend örtlichen Charakter dieser Veranstaltungen entspricht es, daß sie vor allem durch die örtliche Industrie, das Handwerk sowie die Handelsorgane gestaltet werden.

Eine Beteiligung der Betriebe des Ministeriums für Chemische Industrie zwecks Popularisierung einer neu aufgenommenen Produktion, Aufklärung über den zweckmäßigsten Einsatz vorhandener Produkte u. ä., wird in das Ermessen der Werkleitungen gestellt. Die notwendigen finanziellen Aufwendungen sind aus den Betriebskosten zu decken, wobei die geplanten Kosten (Gesamtkosten) nicht überschritten werden dürfen. Bei der Erfüllungsrechnung sind diese Ausgaben nicht eliminierungsfähig.

16. Handelstechnische Hinweise über den Handel mit Libanon

Wie uns von unserer Handelsvertretung im Libanon mitgeteilt wurde, häufen sich die Fälle, in denen Handelsrechnungen ohne Beglaubigung der Kammer für Außenhandel und ohne die verlangten Vermerke im Libanon vorgelegt werden. Die Handelsvertretung kann diese Handelsrechnungen nicht beglaubigen. Deshalb weisen wir nochmals darauf hin, daß die Handelsrechnungen von der Kammer für Außenhandel beglaubigt werden und folgende Vermerke in französischer Sprache tragen müssen:

„Selon l'Article 6 du Protocol de l'Accord de Commerce et de Paiement entre la République Démocratique Allemande et la République Libanaise la contre-valeur de la facture doit être transférée au compte clearing de la Deutsche Notenbank à la Banque Misr-Syrie-Liban, Beyrouth, en Livres Libanaises selon la relation stipulée de

100,— DM = 142,85 L. £.“

„Selon l'Article 8 du Protocol de l'Accord de Commerce et de Paiements entre la République Démocratique Allemande et la République Libanaise la relation de

1,— DM de la Deutsche Notenbank = 0,986 Livres Libanaises

sera la base pour la calculation du tarif douanier des marchandises.“

„Nous déclarons que la marchandise indiquée dans cette facture a été exportée directement pour notre compte et qu'elle ne forme pas partie des réparations allemandes à Israël.“

„Nous certifions que la présente facture est authentique et qu'elle est la seule émise par nous pour les marchandises qui y sont énoncées qu'elle mentionne leur valeur exacte sans déduction d'aucun acompte et que leur origine est exclusivement allemande.“

Die nachfolgenden (deutschen Übersetzungen) erscheinen selbstverständlich nicht auf der Währungsfaktura.

„Gemäß Artikel 6 des Protokolls zum Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Libanesischen Republik ist der Gegenwert der Faktura in libanesischen Pfunden zu dem festgelegten Umrechnungssatz

100,— DM = 142,85 L. £

auf das Clearing-Konto der Deutschen Notenbank bei der Banque Misr-Syrie-Liban, Beyrouth, einzuzahlen.“

„Gemäß Artikel 8 des Protokolls zum Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Libanesischen Republik gilt für die Errechnung des Zollwertes der Waren die Relation

1,— DM der Deutschen Notenbank = 0,986 Libanese Pfunde.“

„Wir erklären, daß die in dieser Faktura aufgeführte Ware direkt für unsere Rechnung exportiert wurde und nicht zu den deutschen Reparationen für Israel gehört.“

„Wir bestätigen, daß diese Rechnung authentisch ist und die einzige, die von uns auf die darin aufgeföhrten Waren aufgestellt wurde, daß sie ihren genauen Wert ohne Abzug irgend eines Rabattes aufweist und ihr Ursprung ausschließlich deutsch ist.“

Die Unterschrift durch den Betrieb hat unbedingt am Schluss der Handelsrechnung zu erfolgen, so daß die Vermerke in die Unterschrift mit einbezogen sind.

VI. Rechtsfragen und gewerblicher Rechtsschutz

17. Verfügung über die Gebührenpflicht für Altpatente

In der Anwendung der Übergangsbestimmungen des Patentgesetzes vom 6. September 1950 (GBl. S. 989) haben sich bei der Auslegung des § 71, Absatz 3 einige Unklarheiten ergeben, wonach festgelegt wird, daß Rechte und Pflichten aus Patenten, die auf Grund der nach dem 8. Mai 1945 erlassenen Bestimmungen in Volkseigentum übergegangen sind, nach den Bestimmungen über Wirtschaftspatente von den fachlich zuständigen Ministerien wahrgenommen werden. Diese Vorschrift betrifft also bei Altpatenten nur den Fall des § 2, Absatz 8 in Verbindung mit Absatz 9 des Patentgesetzes. Bei einer Nutzung bzw. Aufrechterhaltung durch den Betrieb sind die Jahresgebühren von diesem zu tragen, da er im Patentregister als Rechtsträger des in Volkseigentum stehenden Patentes eingetragen ist. Auf diese Weise wird auch eine nicht mehr notwendige Aufrechterhaltung der Altpatente verhindert, da die Betriebe sehr sorgfältig überprüfen werden, ob ihnen die zur Aufrechterhaltung von Altpatenten sehr erheblichen Jahresgebühren tragbar erscheinen. Soweit von den Be-

trieben unter Berücksichtigung dieser Umstände kein Wert auf eine weitere Aufrechterhaltung gelegt wird, ist hiervon das Ministerium für Chemische Industrie zu verständigen, da diesem bei einer möglichen Aufrechterhaltung durch das Amt für Erfindungs- und Patentwesen die Rechte und Pflichten, also auch die Verpflichtung zur Zahlung der Jahresgebühren, auferlegt werden.

Zur Durchführung dieser Maßnahmen ergeht folgende Verfügung:

1. Die Pflicht zur Zahlung von Jahresgebühren für in Volkseigentum stehende Altpatente ist von den Betrieben wahrzunehmen, die im Patentregister als Rechtsträger genannt sind.
2. Die Löschung von Altpatenten ist nur im Einvernehmen mit der Abteilung Forschung der zuständigen Hauptverwaltung möglich, die sich in Zweifelsfällen mit dem Hauptreferat für Patentwesen und Dokumentation der ZA Entwicklung der chemischen Industrie abstimmt. Entsprechende Anträge sind daher nur an die Abteilung Forschung der zuständigen Hauptverwaltung zu richten.

VII. Sonstiges

18. Umbenennung der Auskunfts- und Siegelstellen der Kammer für Außenhandel

Die „Auskunfts- und Siegelstellen“ der Kammer für Außenhandel sind ab sofort in „Auskunfts- und Beglaubigungsstellen“ der Kammer für Außenhandel umbenannt worden. Ebenso werden die bei den Räten der Kreise und Bezirke bestehenden „Siegelstellen“ der Kammer für Außenhandel analog in „Beglaubigungsstellen“ umbenannt.

19. Literaturhinweise

Ab April 1957 erscheinen die „Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik“. Die Vierteljahreshefte bilden eine wertvolle Ergänzung zu den von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik bereits herausgegebenen statistischen Publikationen, dem „Statistischen Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik“ und der Monatszeitschrift „Statistische Praxis“.

Die Vierteljahreshefte informieren durch Text, Tabelle und Graphik über viele wichtige Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Deutschen

Demokratischen Republik und machen mit den Ergebnissen der amtlichen statistischen Forschung bekannt. Format DIN A 4, Umfang 40 Seiten und mehrfarbiger Umschlag. Bezugsbedingungen: Erscheint vierteljährlich einmal. Halbjahresbezugspreis 9,— DM, Einzelheft 4,50 DM. Bestellungen über den Postzeitungsvertrieb, den Buchhandel oder bei den Verlagsbeauftragten der Zentralen Zeitschriften-Werbung.

20. Manuskript für Heft 11 „Verfügungen und Mitteilungen“

Manuskripte für Heft 11 „Verfügungen und Mitteilungen“ sind der ZA Rechts- und Vertragsschiedsstelle bis zum 15. September 1957 zuzuleiten.

Berlin, den 10. August 1957
RA 1310/57
We/Sche.

Der Minister für Chemische Industrie

In Vertretung
Adler
Staatssekretär

25X1

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Chemische Industrie

25X1

V. u. M.

Berlin, den 20. Juni 1957

Nr. 9

I N H A L T

Seite		Seite	
I. Organisation			
1. Besucherverkehr	91	10a) Hinweise zur Durchführung der Brand- schutzwochen	93
2. Schreiben der Betriebe an zentrale Staats- organe	91	11. Perspektive im Güterwagenbau der Deut- schen Reichsbahn	93
3. Errichtung einer Außenstelle der ZA Rechts- und Vertragsschiedsstelle	91	12. Arbeitsaufträge für die Be- und Ent- ladung von Binnenschiffen	94
4. Berufungen und Abberufungen	92		
II. Produktion und technische Sicherheit			
5. Ergänzung zur Unfallstatistik	92	13. Aufbewahrung von Beweismitteln	94
6. Reparatur von Arbeitsschutzschuhen	92	14. Verordnung vom 25. Oktober 1951 über den Rang volkseigener Forderungen im Konkurs des Schuldners (GBI. S. 955)	94
7. Verwendung von Methanol in Ormig-Ab- teilungen	92	15. Zur Anwendung des Vertragssystems	94
8. Lärmbekämpfung im Betrieb	92		
9. Behandlung von Kesselwagen	92		
10. Verfügung über die Vorbereitung und Durchführung der Brandschutzwochen in den Betrieben des Ministeriums für Che- mische Industrie	93	16. Literaturhinweise	95
		17. Manuskripte für Heft 10 „Verfügungen und Mitteilungen“	95
III. Rechtsfragen und allgemeines Vertragssystem			
IV. Sonstiges			

I. Organisation

1. Besucherverkehr

Trotz des Hinweises in Heft 4 „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Chemische Industrie“, Seite 33, wird noch immer nicht genügend darauf geachtet, daß Angehörige der dem Ministerium unterstellten Betriebe und sonstigen Institutionen die Mitarbeiter des Ministeriums

nur dienstags von 9 bis 16 Uhr

ohne vorherige Anmeldung zu Rücksprachen aufsuchen können.

Außerhalb dieser Zeit kann mit Sicherheit eine Rücksprache nur nach vorheriger Vereinbarung oder bei Vorliegen einer Aufforderung des Ministers, seiner Stellvertreter, der Hauptverwaltungsleiter, Hauptabteilungsleiter, und Abteilungsleiter erfolgen.

2. Schreiben der Betriebe an zentrale Staatsorgane

Aus gegebener Veranlassung wird daran erinnert, daß der unmittelbare Schriftverkehr von Betrieben und anderen dem Ministerium nachgeordneten Institutionen mit anderen zentralen Staatsorganen, z.B. Ministerium für Arbeit, Ministerium der Finanzen, nicht gestattet ist, sondern diese Post über die zuständige Fachabteilung des Ministeriums zu leiten ist. Ausgenommen hiervon sind auf Grund gesetzlicher Bestimmungen durchzuführende bzw. genehmigte Berichterstattungen.

3. Errichtung einer Außenstelle der ZA Rechts- und Vertragsschiedsstelle

Im Zusammenhang mit den eingeleiteten Maßnahmen zur Reorganisation der Handelsorgane der chemischen Industrie hat die ZA Rechts- und Vertragsschiedsstelle mit Wirkung vom 1. Mai 1957 bei der HA Absatz eine Außenstelle errichtet. Diese befindet sich z. Z. in Berlin-Karlshorst, Wandlitzstraße 15, Zimmer-Nr. 203, und trägt die Bezeichnung:

ZA Rechts- und Vertragsschiedsstelle
Außenstelle bei der HA Absatz,
(später: bei der HV Absatz).

Diese Außenstelle hat insbesondere die Aufgabe, die Rechtsfragen des Handels zu bearbeiten und die Handelsbetriebe in Fragen des Vertragssystems, der Lieferplangestaltung usw. anzuleiten.

Dadurch treten aber in der Postzustellung für die ZA Rechts- und Vertragsschiedsstelle keinerlei Veränderungen ein. Sämtliche Post ist unmittelbar

der Leitung der ZA Rechts- und Vertragsschiedsstelle —

genaue Postanschrift:

Ministerium für Chemische Industrie
ZA Rechts- und Vertragsschiedsstelle
Berlin O 17
ZKD-Nr. 122 —

auf dem bisher üblichen Postwege zu übermitteln und wird dann innerhalb der Abteilung intern verteilt.

25X1

4. Berufungen und Abberufungen

Durch Urkunden des Ministers bzw. zuständigen Hauptverwaltungsleiters wurden berufen:

a) Mit Wirkung vom 1. Januar 1957

Walter Mittelstädt
zum Werkleiter und Technischen Leiter
des VEB Lackfabrik Schollene

Wolfgang Frömming
zum Technischen Leiter
des VEB Farbenfabrik Nerchau

b) Mit Wirkung vom 18. Februar 1957

Hans Colbatz
zum kommissarischen Technischen Leiter
des VEB Chemiewerk „Friedrich Ferdinand Runge“,
Oranienburg

c) Mit Wirkung vom 1. März 1957

Helmut Wimmer
zum kommissarischen Hauptbuchhalter
des VEB Gummiwerk Rotpunkt, Zeulenroda/Thür.

d) Mit Wirkung vom 11. März 1957

Helmut Krautmann
zum kommissarischen Kaderleiter
der HV Allgemeine Chemie

e) Mit Wirkung vom 1. April 1957

Karl Wagner
zum Technischen Leiter
des VEB Gipsschwefelsäurefabrik II Coswig — Aufbauleitung —

Hubertus Neumann
zum kommissarischen Technischen Leiter
des VEB Sauerstoff- und Azetylenwerk Erfurt

f) Mit Wirkung vom 1. Mai 1957

Heinz Schulze
zum Leiter
der ZA Kader des Ministeriums für Chemische Industrie

g) Mit Wirkung vom 16. Mai 1957

Dr. Carl-Friedrich Linström
zum Produktionsdirektor
des VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“

h) Mit Wirkung vom 1. Juli 1957

Erich Schäbitz
zum Leiter der Kader-Abteilung der HV Absatz

Durch Urkunde des Ministers bzw. des zuständigen HV-Leiters wurden abberufen:

Dr. Carl-Friedrich Linström
als Technischer Leiter der HV Schwerchemie

Horst Wildschütz
als Kaufmännischer Leiter
des VEB Reifenwerk Fürstenwalde

Hans Pärtschfeld
als Hauptbuchhalter
des VEB Eilenburger Celluloidwerk, Eilenburg

Hasso Grabner
als stellv. Werkleiter
des VEB Konstruktions- und Ingenieurbüro der Chemie (KIB)

II. Produktion und technische Sicherheit

5. Ergänzung zur Unfallstatistik

Gleichzeitig mit der vierteljährlichen Berichterstattung über die Zahl der meldepflichtigen und nichtmeldepflichtigen Betriebsunfälle nach Unfallvorkommen und Betriebsabteilungen (Formblatt UV — Reg.-Nr. 660/14 vom 18. Februar 1957) sind die geleisteten Arbeitsstunden einschließlich der Überstunden der Gesamtbeschäftigte zu melden.

Zur Erläuterung bemerken wir, daß nur solche Arbeitsstunden zu melden sind, die in der Produktion oder Verwaltung tatsächlich geleistet wurden, jedoch nicht solche, die infolge Urlaub, Hausarbeitstag, Wahrnehmung persönlicher Interessen und dgl. bezahlt wurden.

Die geforderte zusätzliche Meldung ist formlos vorzunehmen und zweckmäßig auf Formblatt UV unter Abschnitt D einzusetzen. Die Genehmigung hierfür erfolgte unter der Registrier-Nr. 030/030 am 23. März 1957 und ist befristet bis zum 31. Dezember 1957.

6. Reparatur von Arbeitsschutzschuhen

In Übereinstimmung mit der Staatlichen Plankommission, dem Ministerium für Leichtindustrie und der DHZ Gummi, Asbest und Kunststoffe wurde festgelegt, daß Sohlen- und Brandsohlenleder zur Reparatur von Arbeitsschutzschuhen ab 1. Januar 1958 nicht mehr von der DHZ Gummi, Asbest und Kunststoffe, sondern von den Versorgungskontoren für Leder an die Bedarfsträger geliefert wird.

Diese Neuregelung ist deshalb erforderlich, weil die Versorgungskontore für Leder das gesamte Lederaufkommen bewirtschaften und somit die Möglichkeit haben, die Belieferung für den Sektor Arbeitsschutz so zu lenken, daß uns tatsächlich nur das beste Sohlenleder zur Verfügung gestellt wird.

Die Planung für 1958 ist schon jetzt bei den zuständigen Versorgungskontoren einzureichen.

7. Verwendung von Methanol in Ormig-Abteilungen

Wie bekannt wurde, wird in einer Reihe von Industriezweigen an Stelle des beim Ormig-Verfahren bisher üblichen Spiritus oder Hekto-Fluid Methanol verwendet.

Bei der Verwendung von Methanol besteht eine beträchtliche Gesundheitsgefährdung. Das Arbeiten damit kann deshalb nur unter der Voraussetzung gestattet werden, daß eine Absauganlage vorhanden ist, die einwandfreie Luftverhältnisse garantiert.

Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, darf Methanol in Ormig-Abteilungen nicht verwendet werden.

8. Lärmbekämpfung im Betrieb

Nach Mitteilung des Institutes für Arbeitsökonomik und Arbeitsschutzforschung ist Herr Prof. Dr. Gniza zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Lärmbekämpfung im Betrieb“ gewählt worden. Herr Prof. Dr. Gniza ist daran interessiert, Namen von solchen Fachleuten aus Forschung, Lehre und Praxis zu erfahren, die in der Lage sind, von sich aus zur Lösung der Fragen und Probleme der Lärmbekämpfung beizutragen. Außerdem besteht ein Interesse daran zu erfahren, welche Betriebe vor besonders schwerwiegenden Problemen bei der Lärmbekämpfung stehen bzw. vorbildliche Lösungen in dieser Hinsicht gefunden haben.

Den Betrieben wird empfohlen, soweit Angaben zu Vorstehendem gemacht werden können, diese formlos an Herrn Prof. Dr. Gniza, Dresden A 45, Reisstraße 39, mitzuteilen.

9. Behandlung von Kesselwagen

Bei der Befüllung eines Kesselwagens mit Schwefelsäure spritzte nach kurzem Zulauf die Säure mit hohem Druck durch die vorhandenen Öffnungen heraus und überschwemmte die Umgebung des Kesselwagens. Die

Analyse des noch verhältnismäßig geringen Wageninhaltes ergab einen Natriumgehalt, der darauf schließen ließ, daß der Kesselwagen — obwohl er als Säurewagen deklariert war — mit einem Alkali ausgewaschen worden ist. Nachforschungen haben ergeben, daß der Wagen in einem fremden Werk mehrfach ausgewaschen und dann erst dem ständigen Mieter wieder zugestellt wurde. Das Wagen-Leergewicht stimmte bei der Kontrollwägung mit dem deklarierten Gewicht überein, so daß aus der Kontrollwiegen nicht abzuleiten war, daß der Wagen Reste einer Füllung enthielt. Die Sicherheits-Inspektoren erhalten die Anweisung, die Verantwortlichen für Transport in den Betrieben von dem Vorfall zu unterrichten und auf unbedingte Befolgung der Transportvorschriften für Sonderfahrzeuge, insbesondere besonders deklarierte Kesselwagen, hinzuwirken.

10. Verfügung über die Vorbereitung und Durchführung der Brandschutzwochen in den Betrieben des Ministeriums für Chemische Industrie

Nachfolgend wird die den Betrieben bereits über die Hauptverwaltungen zugegangene Verfügung nochmals veröffentlicht:

Die Erfüllung der von Partei und Regierung gestellten Aufgaben in den Betrieben des Ministeriums für Chemische Industrie ist nur möglich unter Ausnutzung aller die Produktion günstig beeinflussender Faktoren. Ein bisher zum Teil unterschätzter, aber äußerst wichtiger Faktor ist der Schutz der Betriebe vor Brandgefahren. Die ungenügende Beachtung des Brandschutzes in den Betrieben führt unweigerlich zu Bränden und damit zur Gefährdung von Menschenleben sowie zur Vernichtung von Rohstoffen, Maschinen, Halb- und Fertigwaren.

Nicht selten haben Brände die Erfüllung des Produktionsplanes gefährdet oder unmöglich gemacht.

Trotz gewisser Fortschritte in der Organisierung des Brandschutzes in unseren Betrieben ist das Ansteigen des Brandschadens zugleich ein Beweis für die Unterschätzung des Brandschutzes. Diese Tatsache läßt den Schluß zu, daß Hauptverwaltungsleiter und Werkleiter das Gesetz vom 18. Januar 1956 zum Schutze vor Brandgefahren und im besonderen den § 5 dieses Gesetzes (GBI. Teil I, S. 110) nicht genügend beachten.

Aus Anlaß der in der Zeit vom 1. Juli bis 21. Juli 1957 durchzuführenden Brandschutzwochen wird für die Betriebe des Ministeriums für Chemische Industrie folgendes angeordnet:

1. Für eine erfolgreiche, wirksame Vorbereitung und Durchführung der Brandschutzwochen ist der Werkleiter verantwortlich. Er kann diese Aufgabe seinem Stellvertreter übertragen.
2. Bis zum 15. Mai 1957 haben die Werkleiter und Brandschutzbeauftragten der Betriebe eine erste Besprechung über die Vorbereitung und Durchführung der Brandschutzwochen zu führen unter Beachtung aller brandschutztechnischen Belange und der Eigenart des Betriebes.
3. In einer bis zum 30. Mai 1957 durchzuführenden Besprechung mit den Lenkungskräften sind diese durch den Werkleiter auf die Bedeutung des Brandschutzes und der Brandschutzwochen hinzuweisen mit dem Ziel, die Lenkungskräfte anzuregen, den vorbeugenden und tätigen Brandschutz in ihrem Wirkungsbereich zu verbessern und die ihnen unterstehenden Arbeiter brandschutztechnisch anzuleiten.
4. Bis zum 22. Juni 1957 ist in jedem Betrieb ein Organisationsprogramm zur Durchführung der Brandschutzwochen aufzustellen, aus dem die einzelnen Maßnahmen ersichtlich sein müssen.

10 a) Hinweise zur Durchführung der Brandschutzwochen

a) Die Brandschutzwochen werden zweckmäßig mit einer Tagung sämtlicher haupt- und nebenamtlich tätigen Brandschutzkräfte eröffnet. Prämiierung der besten Brandschutzkräfte.

Thema der Tagung:

Der gegenwärtige brandschutztechnische Zustand des Betriebes, Brände, Brandschaden, Fehler und Mängel.

Nach Möglichkeit sind Gäste einzuladen, z. B. ein bis zwei Genossen der zuständigen Berufsfeuerwehr, Aktivisten, Betriebsschutz, Lenkungskräfte besonders feuer- und explosionsgefährdeter Abteilungen usw.

- b) Brandschutzlösungen sind unter Vermeidung von Übertreibungen nur an den Haupteingängen der Werke und an belebten Punkten, wie Speisesaal usw., anzubringen.
- c) Der Abschluß eines Wettbewerbs mit einem gleichgearteten Betrieb ist in Erwägung zu ziehen.
- d) Popularisierung der Brandschutzwochen in Betriebszeitungen und Betriebsfunk.
- e) Kontrolle der im Brandschutz-Protokoll erhobenen Forderungen auf ihre Erfüllung.
- f) Vorträge durch Kollegen der technischen Intelligenz über die Verhinderung von Bränden bei komplizierten technischen und feuergefährlichen Produktionsvorgängen.
- g) Eingehende Erläuterungen der örtlichen Brandschutzzschwerpunkte in jedem Meisterbereich, z. B. wo befinden sich im Abteilungs- bzw. Meisterbereich besondere Brandgefahren-Schwerpunkte, Handfeuerlöscher und Löscheinrichtungen, welche Alarmierungsmöglichkeiten und Alarmzeichen gibt es, usw. usw.
- h) Schul- und Einsatzübungen der betrieblichen Löschkräfte zusammen mit der zuständigen Berufsfeuerwehr.
- i) Durchführung von Preisausschreiben, Ausstellungen, Bildwandzeitungen, evtl. öffentliche Veranstaltungen, usw.

Mit den gegebenen Hinweisen sind keinesfalls alle Möglichkeiten erschöpft, die zu einer erfolgreichen Durchführung der Brandschutzwochen beitragen. Der Initiative der Werkleitung und der Brandschutzbeauftragten sind in dieser Hinsicht keine Grenzen gesetzt.

Es wird erwartet, daß die Brandschutzwochen ein Höhepunkt des betrieblichen Brandschutzes werden und auch nach den Brandschutzwochen die brandschutztechnischen Belange ihre Beachtung und Erledigung finden.

11. Perspektive im Güterwagenbau der Deutschen Reichsbahn

Von der Deutschen Reichsbahn ist im Zuge der technischen Weiterentwicklung und Verbesserung des Wagenparks nur noch, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der Neubau von vierachsigen offenen und gedeckten Güterwagen vorgesehen. Bereits in den letzten Jahren wurde eine größere Anzahl vierachsiger Neubaugüterwagen dem Verkehr übergeben. Daher ist es erforderlich, daß sich alle Betriebe und Institutionen hinsichtlich ihrer Gleisanschlüsse, Be- und Entladeanlagen, Dreh- und Schiebebühnen usw., auf diese Wagen einstellen, damit sie in der Lage sind, Neubauwagen ohne Einschränkungen und betriebliche Schwierigkeiten zu verwenden.

Anlässlich einer im internationalen Maßstab durchgeföhrten Eisenbahnkonferenz wurde außerdem festgelegt, daß ab 1. Januar 1961 auf allen Hauptstrecken ein

Maximalachsdruck von 21 t zugelassen ist. Aus diesem Beschuß ergibt sich für alle Eisenbahnverwaltungen die Möglichkeit, von diesem Zeitpunkt ab vierachsige Güterwagen mit einem Gesamtgewicht (Eigengewicht plus Gewicht der Verladung) von 84 t in Dienst zu stellen. Daß alle Bahnverwaltungen die Möglichkeit voll ausnutzen werden, steht außer Frage.

Durch entsprechenden Umbau bzw. Verstärkung der Be- und Entlade- bzw. Gleisanlage ist dem verstärkten Einsatz vierachsiger Güterwagen so schnell wie möglich Rechnung zu tragen.

Beim Neubau von Be- und Entladeanlagen (Waggonkipper) bzw. der Projektierung von kompletten Fabrikanlagen bzw. Gleisanschlüssen sind die vorstehend aufgezeigten Umstände zu berücksichtigen. Es ist ferner

notwendig, in jedem Fall engste Fühlung mit den zuständigen Reichsbahndirektionen zu halten, um Fehlplanungen bzw. Fehlinvestitionen zu vermeiden.

12. Arbeitsaufträge für die Be- und Entladung von Binnenschiffen

Die Anordnung vom 6. März 1957 über die Einführung von Arbeitsaufträgen für die Be- und Entladung von Binnenschiffen (GBI. I, S. 185) enthält eine Reihe wertvoller Hinweise. Diese werden ergänzt durch die zu dieser Anordnung erlassenen Arbeitsrichtlinie, welche in der Fachzeitschrift „Schiffahrt“ veröffentlicht wurde. Die Beachtung der Anordnung und der Arbeitsrichtlinie wird dringend empfohlen.

III. Rechtsfragen und Allgemeines Vertragssystem

13. Aufbewahrung von Beweismitteln

Gemäß § 129 der Verordnung vom 31. Oktober 1955 über die Buchführung und die buchhalterische Berichterstattung der volkseigenen Industriebetriebe (GBI. S. 713/55) sowie § 98 der Anordnung vom 23. Oktober 1956 über die Buchführung und die buchhalterische Berichterstattung der volkseigenen Handelsbetriebe (GBI. I, S. 1227/56) sind u. a. Frachtbriefe, Versandscheine, Lieferscheine und ähnliche Belege, die oft von entscheidendem Beweiswert in Vertragsschiedsverfahren sind, nur zwei Jahre aufzubewahren. Die Vernichtung solcher Unterlagen nach zwei Jahren kann für die Betriebe dann zu Nachteilen führen, wenn diese als Beweismittel für noch strittige Ansprüche in Schiedsverfahren beim Staatlichen Vertragsgericht oder beim ordentlichen Gericht benötigt werden. Soweit es sich um Vertragsbeziehungen zwischen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Partnern handelt, decken sich die Aufbewahrungsfristen mit den gegenwärtig geltenden Verjährungsfristen. Sofern jedoch einmal eine Hemmung der Verjährung eintritt oder es sich um Forderungen von oder gegen private Betriebe handelt, kann es geschehen, daß zum Zeitpunkt des Schiedsverfahrens bzw. des Prozesses die beweiskräftigen Unterlagen bereits vernichtet sind.

Es empfiehlt sich daher, daß die Unterlagen, die als Beweismittel für einen am Ende der Aufbewahrungsfrist noch strittigen Anspruch dienen können, bis zur Beendigung der Rechtslage aufzubewahren sind. Vernichtet ein Betrieb solche Unterlagen, obwohl er weiß, daß er sie als Beweismittel braucht, hat er die Folgen einer für ihn eventuell ungünstigen Beweislage zu tragen.

14. Verordnung vom 25. Oktober 1951 über den Rang volkseigener Forderungen im Konkurs des Schuldners (GBI. S. 955)

Zu der o. a. Verordnung hat das Ministerium der Justiz einen Hinweis veröffentlicht, der nachfolgend bekanntgegeben wird:

Nach § 3 der Verordnung vom 25. Oktober 1951 über den Rang volkseigener Forderungen im Konkurs des Schuldners haben die Forderungen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Konsumgenossenschaften, Bäuerlichen Handelsgenossenschaften den Rang nach den Abgabenforderungen und den im § 1 der Verordnung genannten volkseigenen Forderungen. Wenn auch die Genossenschaften im einzelnen in der genannten Verordnung aufgeführt worden sind, so ist doch davon auszugehen, daß der genannte Rang grundsätzlich den Genossenschaften zustehen soll, die auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums arbeiten. Zum Zeitpunkt des Erlasses dieser Bestimmungen am-

19. März 1953 sind von derartigen Genossenschaften nur die drei im § 3 der Verordnung genannten bekannt gewesen. Es bestehen daher keine Bedenken, wenn in einem Konkursverfahren den nach dem Musterstatut für Produktionsgenossenschaften des Handwerks (GBI. 1955 I, S. 598) arbeitenden Genossenschaften der Rang der sozialistischen Genossenschaften nach § 3 der Verordnung vom 25. Oktober 1951 zugebilligt wird.

Dagegen wird den Forderungen der Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Handwerks, die auf der Grundlage des im Gesetzblatt 1957 I, Seite 7, veröffentlichten Musterstatuts tätig sind, dieser Rang nicht zu gewähren sein. Aus § 1 der Verordnung vom 14. Dezember 1956 über Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Handwerks (GBI. 1957 I, S. 4) geht hervor, daß diese Genossenschaften erst die Mitglieder von den Vorteilen der genossenschaftlichen Arbeit überzeugen und somit erst den sozialistischen Genossenschaftsgedanken entwickeln sollen. Der nächste Schritt zur Genossenschaft, die auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums arbeitet, ist dann erst der in § 6 der Verordnung vom 14. Dezember 1956 vorgesehene Übertritt in eine Produktionsgenossenschaft.

Weiterhin wird noch auf die entscheidende Bestimmung im § 1, Abs. 1, Satz 3, des Musterstatuts für Einkaufs- und Liefergenossenschaften hingewiesen, wonach die Selbständigkeit der Mitgliederbetriebe unberührt bleibt.

Daraus geht auch hervor, daß es sich bei der Einkaufs- und Liefergenossenschaft nicht um eine Genossenschaft handeln kann, die auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums arbeitet.

15. Zur Anwendung des Vertragssystems

Um das Vertragssystem noch besser und sinnvoller anwenden zu können, ist nach Verkündung der Anlehnungsverordnung vom 21. März 1957 (GBI. Teil I, S. 209) in Übereinstimmung mit dem Staatlichen Vertragsgericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die Verteilung von chemischen Produkten folgendes festgelegt worden:

Der Lieferplan für die Lieferung von chemischen Produkten ist das Mittel der planmäßigen Verteilung der planmäßigen Produktion und der planmäßig zur Verfügung stehenden Importe. Da jedoch Produktion und Importe nicht immer planmäßig ablaufen bzw. eingehen, ist die HA Absatz des Ministeriums für Chemische Industrie beauftragt worden, die zur Verfügung stehenden chemischen Produkte nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten operativ zu lenken.

Sie kann die Verteilung dieser Produkte nicht den Betrieben überlassen, wenn der Lieferplan nicht in der vorgesehenen Form durchgeführt werden kann.

Auf Grund des Lieferplanes erfolgt zwischen den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben der Vertragsabschluß über die Lieferung chemischer Produkte. Der Lieferplan soll nur geändert werden, wenn auch der Produktionsplan oder der Importplan geändert worden ist. Durch die obengenannte operative Lenkung werden also der Lieferplan und damit die abgeschlossenen Verträge nicht berührt. Es entfallen demnach die oft häufigen Vertragsänderungen. Damit jedoch die Betriebe von der zu erwartenden Nichterfüllung des Vertrages Kenntnis erhalten, erfolgt von der HA Absatz eine begründete Mitteilung von der operativen Lenkung an den Liefer- und an den Empfängerbetrieb. Diese Mitteilung entbindet den Lieferbetrieb nicht von seiner vertraglichen Informationspflicht. Bei der Nichterfüllung oder nicht termingerechten Erfüllung des Vertrages sollen nach Prüfung der Anwendbarkeit der Anlehnungsverordnung vorerst keine Vertragsstrafen berechnet werden.

Nach Ablauf eines jeden Quartals oder bei besonderem Bedarf (z. B. Katastrophenfälle) tritt eine Kommission zusammen, die von Vertretern der ZA Rechts- und Vertragsschiedsstelle, der ZA Produktion, den kommerziellen Leitern der Hauptverwaltungen, der HA Absatz und

des Staatlichen Vertragsgerichtes bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gebildet wird.

Außerdem sollen im Bedarfsfalle andere staatliche Organe zur Mitarbeit herangezogen werden, wie z. B. das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel und die Ministerien der Hauptabnehmergruppen.

Die Kommission hat die Aufgabe, die Ursachen der Nichterfüllung und nicht termingerechten Erfüllung der Verträge festzustellen. Auf Grund der Ergebnisse der Kommissionsberatungen wird die ZA Rechts- und Vertragsschiedsstelle in Verbindung mit dem Staatlichen Vertragsgericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Festlegungen treffen, in welchem Umfang in der Regel die Verpflichtung zur Zahlung von Vertragsstrafe für die Nichterfüllung oder nicht termingerechte Erfüllung von Verträgen über die Lieferung chemischer Produkte besteht. Diese Festlegungen werden vom Ministerium für Chemische Industrie den Betrieben und durch das Staatliche Vertragsgericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Staatlichen Vertragsgerichten in den Bezirken in geeigneter Form bekanntgemacht werden, so daß die Betriebe über die Möglichkeiten, Vertragsstrafen zu erlangen, informiert sind.

IV. Söntiges

16. Literaturhinweise

a) Ab Juli 1957 erscheint monatlich die Zeitschrift „Vertragssystem“.

Sie soll ökonomische und juristische Beiträge über die Wirkungsweise des Vertragssystems enthalten. Ihr Bezug wird daher allen interessierten Kreisen dringend empfohlen. Sie ist im Postzeitungsvertrieb erhältlich.

b) Der Verlag „Die Wirtschaft“ gibt ein Sonderheft über Verpackungsprobleme heraus.

Allen an dem Bezug dieses Sonderheftes Interessierten wird dringend empfohlen, sofort Bestellungen

unmittelbar an den Verlag „Die Wirtschaft“, Berlin, aufzugeben, da die Auflagenhöhe begrenzt ist.

17. Manuskripte für Heft 10 „Verfügungen und Mitteilungen“

Manuskripte für Heft 10 „Verfügungen und Mitteilungen“ sind der ZA Rechts- und Vertragsschiedsstelle bis zum 15. Juli 1957 zuzuleiten.

Berlin, den 10. Juni 1957

RA 1310/57

We/Ki.

Ministerium für Chemische Industrie
In Vertretung
Adler, Staatssekretär